



ND-Sportler des Jahres 2009: Die Leser haben gewählt

Biathletin Kati Wilhelm aus Zella Mehlis, Schwimmer Paul Biedermann aus Halle, das Chemnitzer Eiskunstlaufpaar Aljona Sawtschenko/Robin Szolkowy und dessen Trainer Ingo Steuer erhielten die

meisten Stimmen bei der ND-Sportlerwahl 2009. Der ND-Sonderpreis unter dem Motto »Mein Verein – mein Zuhause« geht an den Post SV Mühlhausen. **Seiten 24 und 25**



Chaotisches Finale beim Weltklimagipfel

Staats- und Regierungschefs feilten stundenlang an den Formulierungen für ein Abschlussdokument / Obama enttäuschte viele Delegierte

Von Susanne Götzte, Kopenhagen

Noch kurz vor dem offiziellen Ende des UN-Klimagipfels in Kopenhagen war gestern offen, ob es zur Einigung auf ein Abschlussdokument kommen würde. Staats- und Regierungschefs feilten an jeder einzelnen Zeile.

Die Delegierten der Weltklimakonferenz hatten schon seit 48 Stunden nicht mehr geschlafen. Doch am Freitagvormittag warteten im Kopenhagener Bella Center alle gespannt auf die Rede von US-Präsident Barack Obama, die die Wende in die festgefahrenen Verhandlungen bringen sollte. »Ich bin nicht gekommen um zu reden, sondern um zu handeln«, so die klare Ansage des Präsidenten im Konferenzplenum. »Wir reden schon seit zwei Jahrzehnten, nun ist die Zeit des Redens vorüber.«

Dass das unnütze Verstreichen der Zeit vor allem dem jahrzehntelangen Zögern der USA geschuldet ist, erwähnte der Präsident nicht. Es sei die enttäuschendste Rede Obamas überhaupt gewesen, unkten viele schon kurz nach seiner Ansprache. Die Delegierten und auch Vertreter von Nichtregierungsorganisationen hatten sich weitere Zugeständnisse von Seiten der USA erhofft, nachdem Außenministerin Hillary Clinton am Tag zuvor angekündigt hatte, Washington werde sich an den Finanzhilfen für arme Länder beteiligen. Von Obama kam indes nichts Neues, der erhoffte Durchbruch in den Verhandlungen blieb aus.

Der deutsche Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) bezeichnete



Für die Delegation des pazifischen Inselstaates Tuvalu geht es in Kopenhagen um Überlebensfragen.

Foto: dpa/Nietfeld

die Rolle der USA in den Verhandlungen dennoch als »konstruktiv«. Er hatte ebenfalls die Nacht zu Freitag durchverhandelt, erzählte aber immer noch das Gleiche wie vor drei Tagen: China müsse sich bewegen und mehr kooperieren.

Am Nachmittag lag dennoch der Entwurf einer Abschlusserklärung auf dem Tisch, deren Details hinter den Kulissen aufgeregt verhandelt

wurden. 25 Staats- und Regierungschefs samt Ministerstab hatten in der Nacht stundenlang versucht, Eckpunkte eines Klimaabkommens auszuhandeln. Eine neue Vorlage der dänischen Konferenzleitung wurde verworfen – wie es hieß, weil darin auch Emissionsminderungsziele für Entwicklungsländer enthalten waren. An dem außerplanmäßigen Mini-Gip-

fel sollen neben Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy mehr als 20 weitere Spitzenpolitiker teilgenommen haben, hieß es aus Verhandlungskreisen. Die USA wurden von Außenministerin Clinton vertreten. Am Freitagmorgen stieß dann Präsident Obama dazu. Die Gruppe werde die Probleme der Verhandlungen »repräsentativ« vertreten, meinte Bundesum-

weltminister Röttgen. Erstmals bei einem Klimagipfel feilten Staats- und Regierungschefs persönlich »Zeile für Zeile« an dem Text. »So etwas habe ich noch nie erlebt«, beschrieb Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva das zähe Feilschen auf höchster Ebene. Zu dem chaotischen Finale der UN-Klimakonferenz sei es nur deshalb

gekommen, »weil wir vorher nicht mit der nötigen Ernsthaftigkeit gearbeitet haben«.

Am Tag wurde weiterverhandelt. Beteiligt waren auch UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso sowie Vertreter von EU-Staaten, Australiens, Chinas und anderer Schwellenländer wie Südafrika und Saudi-Arabien. Klar war mittlerweile, dass die Kopenhagener Beschlüsse innerhalb der nächsten sechs Monate völkerrechtlich verbindlich werden sollen – eine Einigung auf konkrete Ziele vorausgesetzt.

Gleichzeitig gab es bilaterale Gespräche, zum Beispiel zwischen US-Präsident Obama und Chinas Regierungschef Wen Jiabao. Beide hätten eine knappe Stunde lang miteinander gesprochen, sagte ein US-Vertreter, der nicht namentlich genannt werden wollte. Das Treffen sei »konstruktiv« gewesen und habe »Fortschritte« gebracht.

Im Entwurf für das Abschlussdokument fehlten am Nachmittag immer noch die wichtigsten Zahlen: So hieß es, dass sich die Industrieländer bis 2020 auf eine Reduzierung ihrer Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 von »X Prozent« verpflichten. Gerüchten zufolge könnte hier am Ende »30 Prozent« stehen.

Offiziell sollte die UN-Konferenz in den frühen Abendstunden zu Ende gehen. Doch viele Delegierte und Journalisten stellten sich auf ein langes Wochenende ein. Einzig Umweltminister Röttgen gab sich zuversichtlich: »Es wird nicht verlängert – heute fallen die Würfel.«

Unten links

Da die Abgesandten aller Länder sich in Kopenhagen nicht so schnell auf die Rettung der Erde einigen können, brauchen wir vorerst ein paar praktikable Übergangslösungen. Vom Liedermacher Gerhard Gundermann, der alles aufgehoben und nichts weggeworfen hat, ist die Sentenz überliefert: »Was man nicht mehr essen kann, das kann man doch noch rauchen.« Wir möchten hinzufügen: Was man nicht mehr rauchen kann, das kann man doch noch irgendwo hin kippen. All den Müll, den die Welt auf Halde legt oder verbrennt. Der wird jetzt im ewigen Recycling der Dinge dringend woanders gebraucht. Auf diesen Inseln zum Beispiel, denen der Ozean Oberkante Unterlippe steht. Dahin schicken wir den Zivilisationsabfall, und wenn sie ihn schön verteilen, sitzen sie bald ein paar Meter höher. Bisschen Sand drauf, fertig. So lässt es sich aushalten, bis die Welt auf irgend einer Nachfolgekonzferenz ihre Rettung beschlossen hat. Und wenn nicht – dann gibt es inzwischen genug neuen Müll. wh

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/So 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 51,20/57,20 SKK (1,70/1,90 EUR);
Tschechien 60/65 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-3375

Steuergesetz kommt, Wachstum steht aus

Länder gaben Widerstand im Bundesrat auf

Nach langer Kontroverse hat die schwarz-gelbe Koalition das Wachstumsbeschleunigungsgesetz durch den Bundesrat gebracht. Die Länderkammer billigte das Entlastungspaket am Freitag mit den Stimmen der schwarz-gelb regierten Länder. Erst unmittelbar vor der Sitzung gaben Schleswig-Holstein und Sachsen ihren Widerstand auf.

Berlin (AFP/ND). Mit den Stimmen sämtlicher von Union und FDP regierten Länder erhielt das Wachstumsbeschleunigungsgesetz 37 von 69 Stimmen im Bundesrat und damit zwei mehr als erforderlich. Das Gesetz sieht Entlastungen von insgesamt 8,5 Milliarden Euro für Familien, Erben und Unternehmen vor. Insbesondere Schleswig-Holstein hatte wegen der erwarteten Einnahmeausfälle massive Belastungen für den Landeshaushalt befürchtet. Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) sagte dann aber vor Beginn der Bundesratsitzung, der Bund sei den Ländern sehr entgegengekommen.

Nach Angaben der schwarz-gelben Koalition in Kiel übernimmt der Bund die durch die Reform der Jobcenter anfallenden Kosten, die allein für Schleswig-Holstein auf 20 Millionen Euro geschätzt werden. Zudem habe der Bund zugesagt, den schleswig-holsteinischen Konsolidierungskurs in Zukunft weiterhin »konstruktiv« zu unter-

stützen. Sachsens Regierungschef Stanislaw Tillich (CDU) sagte, das Entgegenkommen des Bunds bei den Bildungsausgaben habe die Entscheidung erleichtert. Demgegenüber blieb Saarlands Ministerpräsident Peter Müller (CDU) im Bundesrat bei seinem Nein: »Was der Bund angeboten hat, war aus unserer Sicht nicht ausreichend.«

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) wies vor der Länderkammer darauf hin, dass viele Sachverständige von dem Gesetz keine wachstumsfördernden Impulse erwarteten. Grünen-Fraktionschefin Renate Künast sagte, die Ministerpräsidenten hätten Parteiinteressen vor die Interessen ihrer Länder gestellt. Der Bundesgeschäftsführer der LINKEN, Dietmar Bartsch, betonte, die Zustimmung der Länder sei mit Geld erkauft worden, das die Regierung gar nicht habe.

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt begrüßte das neue Gesetz dagegen. Es helfe dabei, dass in einer schwierigen wirtschaftlichen Phase keine Liquiditätsgengpässe entstünden. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten sprach von »sinnlosen Steuergeschenken für reiche Erben und Hoteliers« und forderte, in den Tarifrunden 2010 die Beschäftigten an der Senkung der Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen zu beteiligen. **Tagesthema Seite 2**

Gastkolumne

Heimtückisch, grausam, gemeingefährlich

Von Jürgen Rose



Oberstleutnant der Bundeswehr. Kürzlich erschien sein Buch »Ernstfall Angriffskrieg. Frieden schaffen mit aller Gewalt?« Foto: privat

Die Zumutung der Macht an den Geist, schrieb einst Karl Kraus in der »Fackel«, bestehe darin, Lüge für Wahrheit, Unrecht für Recht und Tollwut für Vernunft zu halten. Kaum etwas bestätigt dieses Diktum eindrucksvoller als ein Friedensnobelpreisträger, welcher der Welt erklärt, dass weiterhin Krieg geführt werden müsse. Derweil empfindet der oberste deutsche Soldat seine Entlassung als »ehrenrührig«, will »die enge Weste der Loyalität ablegen«.

Fragt sich nur, warum er dies nicht schon 2003 tat, als ihm befohlen war, mit Tausenden Bundeswehrgoldaten vielfältige Unterstützungsleistungen für das völkerrechtliche Verbrechen zu erbringen, das die USA mit ihren Alliierten gegen Irak und seine Menschen verübten. Entfallen war General Schneiderhan damals wohl, mit welcher markanten Worten Prinz Friedrich Karl von Preußen, anno 1860 einen seiner Majore angesch nauzt hatte: »Herr, dazu hat Sie der König zum Stabsoffizier gemacht, damit Sie wissen, wann Sie nicht zu gehorchen haben.« Und nota bene hält er im Gegensatz zu seinem ehemaligen Dienstherrn, der sich als durchaus lernfähig erwiesen hat, bis heute das Bombenmassaker von Kundus für »militärisch angemessen«.

Bei dieser maßgeblich vom Kommando Spezialkräfte gesteuerten Operation ging es dem Bundeswehrrobert Klein, der die beiden US-Jagdbomberpiloten unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zum Abwurf ihrer tödlichen Fracht verleitet hatte, laut seiner schriftlichen Meldung darum, möglichst viele »INS« (NATO-Jargon für zum Abschluss freigegebene menschliche Ziele) zu vernichten.

Und so verbrannte eine infernalische Explosion unter anderem den 13-jährigen Ayaz Mohd Wali, dessen Name auf einer von Amnesty International veröffentlichten Opferliste steht, innerhalb eines Sekundenbruchteils zu einem verkohlten Klumpen Fleisch. Dies geschah heimtückisch, aus großer Höhe, ohne Vorwarnung. Und grausam, bei lebendigem Leibe. Und mit gemeingefährlichen Mitteln in Gestalt zweier lasergesteuerter GBU-38-Bomben. Starben die offiziell genannten 142 Afghanen

nun den vom römischen Poeten Horaz verkörpert »süßen und ehrenvollen Tod für ihr Vaterland? Oder würde nicht Kurt Tucholsky, so er noch lebte, vielmehr von »Massenmord aus luftiger Höhe« sprechen?

Zu den Eigentümlichkeiten der Kundus-Affäre gehört auch, dass die nicht eben als Hort des seriösen Journalismus geltende BILD-»Zeitung« durch die Bekanntmachung geheimer Bendersblock-Papiere und -Videos zum exklusiven Informationsmedium zu mutieren scheint. Indes begeht jener »Deep Throat« mit seinem Geheimnisverrat – und um solchen handelt es sich im vorliegenden Falle ganz offensichtlich – eine mit Freiheitsentzug bewehrte Straftat. Das evoziert die Frage, inwieweit der Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt über die Bundeswehr, aus dessen unterstelltem Bereich heraus eklatante Straftaten verübt werden, die tatsächliche Kontrolle über sein Amt ausübt. Hier wird der schneidige Freiherr sich erklären müssen.

Jürgen Rose weigerte sich im März 2007, den Einsatz von Tornado-Waffensystemen in Afghanistan zu unterstützen. Er vertritt in diesem Beitrag nur seine persönlichen Auffassungen.